



Informationen des Stadtverbands 10-2022

Bekanntnis zum Schulgesetz!?

Der Bremische Gewerkschaftstag setzte sich am 11. und 12. Oktober mit der Krisensituation des (bremischen) Schulwesens auseinander. Eine zentrale Botschaft an die Politik, ein halbes Jahr von den nächsten Parlamentswahlen, lautete: **Wir fordern die Einhaltung des bremischen Schulgesetzes durch Bürgerschaft und Landesregierung.**

Zunächst: Wir haben die kleinkarierten politischen Auseinandersetzungen satt. Als hätten wir es geahnt: Keine Woche nach dem Gewerkschaftstag führen neue Zahlen aus dem bundesweiten „IQB-Bildungstrend“, die in ihrer Gesamtheit länderübergreifend ein „besorgniserregendes Bild“ ergeben und „nicht hinnehmbar“ sind, zu der geübten Rhetorik gegenseitiger parteipolitisch orientierter Schuldzuweisungen, mithin dem bekannten Herumgenerve in jeder dieser Presseerklärungen. Es fehlt die ernsthafte Perspektive, lieber überbietet man sich in der Trivialität der abzuleitenden Maßnahmen. Als hätten wir nicht ein politisch selbstverschuldetes Desaster zu verzeichnen – auf der Grundlage parlamentarischer Entscheidungen zur (fehlenden) Ausbildung von (pädagogischen) Fachkräften, deren Arbeitsbedingungen und der Ausstattung von Schulen. Die Pädagog*innen vor Ort, das ist sicher, sind geschlaucht und haben die Krise nicht zu verantworten. Sie lenken nicht die Finanzströme an den Bildungseinrichtungen vorbei.

Wir fordern dagegen in aller Ernsthaftigkeit von den Parteien ein Bekanntnis zum Schulgesetz in Wort und Handlung!

Genau dieses Gesetz sieht die Umsetzung eines inklusiven Lernens an allen Schulen des Bundeslandes vor. Gelingen kann ein solcher Auftrag aber nur, wenn die Bedingungen stimmen. Das Schulgesetz ist dabei im Rang noch das kleinste Licht, denn eigentlich geht es darüber hinaus um die

Achtung des Grundgesetzes und von Vereinbarungen der Weltgemeinschaft wie beispielsweise der Behindertenrechtskonvention. Soll es nun eine Lösung im Geiste der Verfassung geben, so müssen wir uns einem so wichtigen wie anspruchsvollen Thema widmen, nämlich dem der Bildung.

Auf Anregung des Stadtverbandes Bremerhaven beschloss der Gewerkschaftstag in diesem Zusammenhang einen Antrag unter dem Titel „Rückkehr zum Primat der Bildung im Sinne von Kultur, Humanität und Mündigkeit“. Dieser lässt bereits die Zielrichtung des Vorhabens erahnen: Alle politischen Entscheidungen sollen in ihren Auswirkungen auf den Bereich der Bildung hin überprüft werden. Das bedeutet konkret, dass jede Vorlage eines jeden Ausschusses oder einer Parlamentssitzung im Hinblick auf dessen Auswirkungen auf die Bildung zu hinterfragen und ggf. zu revidieren ist. Ein derartiges Verfahren würde den Stellenwert von Bildungsprozessen erhöhen; es zwingt die Verantwortlichen, Begründungen für Entscheidungen zu liefern und sich unseren Anforderungen zu stellen.

Neben der verstärkten Einflussnahme geht es jedoch auch um eine **Festigung des politischen Selbstverständnisses der GEW.**

Dazu ist ein erster wesentlicher Schritt vollzogen. Durch eine intensive Beteiligung an der Ausarbeitung bundesweit gültiger „Schulpolitischer Positionen“ für den nächsten Bundesgewerkschaftstag hat sich der Landesverband dieser Aufgabe gestellt. Vorbereitende Veranstaltungen, z.B. innerhalb der vergangenen Pädagogischen Woche, sind durchgeführt, begleitende Diskussionsmöglichkeiten werden rechtzeitig an die Mitglieder herangetragen.

Alle diese Gedanken bleiben aber wirkungslos, wenn sie nicht in die Öffentlichkeit getragen werden. Kommen wir also zurück zur besagten **Auseinandersetzung.**



Am 14. Mai 2023 finden die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und zur Stadtverordnetenversammlung statt. Es ist also höchste Zeit, einen echten Plan zur Umsetzung des Schulgesetzes aufzustellen. Schließlich wollen wir wissen, welche Ideen die Parteien zur Einhaltung des Schulgesetzes verfolgen. Drei Aspekte müssen darin mindestens enthalten sein:

- eine Initiative auf Ebene der KMK, die bundesweit verbindliche Zahlen zum Umfang der Ausbildungsstellen in pädagogischen Berufen festlegt;
- eine Orientierung an Hamburg im Hinblick auf die bereitgestellten Ressourcen: Die Nachbarhansestadt gibt mittlerweile 2.500€ pro Jahr und Schüler*in mehr aus als das Land Bremen;

- Festschreibungen im kommenden Koalitionsvertrag, die eindeutig eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen regeln.

Ohne Geld, Personal und Arbeitsentlastung wird sich der Auftrag von Verfassung und Schulgesetz nicht umsetzen lassen. Vor der Aktion allerdings kommt die argumentative Stärkung. Deshalb spricht am **9. November ab 16.30 Uhr Marianne Demmer in der Aula der Schule am Ernst-Reuter-Platz** auf der Mitgliederversammlung naheliegenderweise zum Thema: **„Bildung, die vergessene Krise“**.

Ihr seid herzlich eingeladen, denn:
Gewerkschaftliches Engagement ist gefragt denn je – zeigen wir gemeinsam Stärke!

Wichtig - Wichtig – Wichtig

Mi., 9. November, 16.30 Uhr

Mensa Schule am Ernst-Reuter-Platz

Mitgliederversammlung der GEW Bremerhaven

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Marianne Demmer – „Bildung, die vergessene Krise“
Vortrag und Diskussion
3. Verschiedenes

Schon´mal vormerken:

Sa., 26. November

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus

Sitzung des erweiterten Vorstandes